

Grüne scheitern mit Antrag

Rat stimmt für gemeinsame Grundschule

Von Martin Schildwächter

ALTENBERGE. Kurz vor der kommunalpolitischen Sommerpause ging es im Bürgerhaus hoch her – doch letztendlich bleibt es dabei: „Zukünftig wird es eine gemeinsame Grundschule in Altenberge geben.“ So lautete am Montagabend der einstimmige

»Wir sollten mit der Verwirrung aufhören.«

Matthias Große Wiedemann (CDU)

mige Ratsbeschluss. „Wir sollten mit der Verwirrung aufhören und endlich klare Ziele aufstellen“, forderte Matthias Große Wiedemann (CDU). Für Verwirrung hatte Werner Schneider, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen, gesorgt. Er wollte den im Juni 2015 einstimmig gefassten Ratsbeschluss (Verlegung der Johannes-Grundschule in die Ludgeri-Hauptschule) kippen. „Die Situation hat sich geändert“, sagte Schneider. Er kritisierte unter anderem, dass nicht genügend über einen Neubau diskutiert

worden sei. Zudem müsse erst über ein Konzept, dann über die Baupläne gesprochen werden.

Doch bereits im Vorfeld war klar, dass CDU, SPD und UWG dem Wunsch der Grünen nicht entsprechen würden, sodass der Grünen-Antrag abgeschmettert wurde.

Bei der anschließenden Abstimmung über eine gemeinsame Grundschule votierten alle Parteien für diese Grundsatzentscheidung. Damit hörte es allerdings schon wieder mit der Gemeinsamkeit auf. Denn mit dem CDU-Antrag, die Verwaltung zu beauftragen, einen Zeitplan mit dem Ziel zu entwickeln, den Umzug der Johanneschule in das Gebäude der Ludgeri-Hauptschule zum Schuljahresbeginn 2020/2021 durchzuführen,

»Wir haben den falschen Anbieter gewählt.«

Ulrike Reifig (SPD)

konnte sich nur die UWG anfreunden. „Der zeitliche Druck stört mich“, sagte die SPD-Fraktionsvorsitzende



Die Ludgeri-Hauptschule soll so umgebaut werden, dass dort künftig Grundschüler unterrichtet werden können. Zudem sollen Ganztagsaspekte und außerschulische Nutzungen berücksichtigt werden. Foto: mas

Ulrike Reifig. Sie kritisierte das Büro biregio, das unter anderem erste Entwurfsskizzen für die Gestaltung der Borndal- und Ludgerischule vorgelegt hatte. Reifig: „Wir haben den falschen Anbieter gewählt.“

Sie sprach sich dafür aus, nochmals die Schulleitungen mit ins Boot zu holen und ein Beratungsbüro zu engagieren, um einen Entwurf „aus einer Hand“ zu erhalten.

Derweil sprach Christian Germing (CDU) von einem „guten Beratungsprozess“. Das jetzt anvisierte Zeitfenster sei durchaus realistisch,

so Germing. Zudem nehme die Gemeinde „viel Geld und Zeit in die Hand“, um die beiden Gebäude (Borndalschule/Hauptschule) zukunftsfähig umzubauen. Germing:

»Die Situation hat sich geändert.«

Werner Schneider (Grüne)

„Das ist wesentlich günstiger als ein Neubau.“

Auch der Versuch von Ursula Kießling (Grüne), die Entscheidung auf den September zu verschieben, hatte keinen Erfolg. „Wir brauchen

eine Zielvorstellung und sollten die Entscheidung nicht auf die lange Bank schieben“, entgegnete die CDU-Fraktionsvorsitzende Sigrid Schulze Lefert.

Wie Bürgermeister Jochen Paus am Montagabend mitteilte, habe er bereits Gespräche mit einem Architekten geführt, um die Zeitschiene abzustecken. Für die Planung, Ausschreibung und den Umbau rechne der Architekt mit etwa ein- bis zwei Jahren, sodass ein Neustart der Grundschullandschaft ab dem Schuljahr 2020/2021 voraussichtlich möglich sei. | **Kommentar**

Dieses Bild ist urheberrechtlich geschützt.

Quelle für Artikeltextdarstellung: Artikeltext oder Artikel- und Ganzseitendarstellung.

Quelle

Verlag
Publikation
Ausgabe
Datum
Seite

: Westfälische Nachrichten
: Steinfurt
: Nr.158
: Mittwoch, den 11. Juli 2018
: Nr.19

Kommentar

Grundschul-Entscheidung Blick nach vorne richten

Von Martin Schildwächter

Der 9. Juli 2018 hat durchaus das Zeug dafür, in die Geschichtsbücher der Gemeinde Altenberge einzugehen: Denn schließlich wurde am Montagabend in der Ratssitzung das endgültige Aus der Borna- und der Johannes-Grundschule beschlossen und der Weg zu einer neuen gemeinsamen Grundschule gebnet.

Über drei Jahre hat der Prozess gedauert, bis die Entscheidung für die neue Grundschullandschaft gefallen ist. Das muss reichen. Dass die Grünen kurz vor Toreschluss noch einen letzten Strohhalm ergreifen, einen drei Jahre alten Ratsbeschluss zur Umzugsfrage der Johannes- in die Hauptschule wieder zu kippen, zeigt, wie ungeschickt sie agieren. Keine Frage: Der Wunsch eines von den Grünen geforderten Neubaus ist legitim – doch dieser wurde politisch von allen anderen Parteien bereits vor Wochen abgelehnt. Das sollten auch die Grünen mittlerweile akzeptieren.

Doch viel wichtiger ist der Blick in die Zukunft: Die Aufgaben sind groß, die nun in Angriff genommen werden müssen. Die beiden Schulleitungen, die sich bekanntlich gegen eine Zusammenlegung der zwei Grundschulen ausgesprochen haben, müssen vom neuen Konstrukt überzeugt werden. Die Eltern haben künftig keine Grundschulauswahl mehr – um so wichtiger ist ein schlüssiges und gutes Konzept, das nun erstellt werden muss.

Richtig auch: Einen Zeitplan zu haben, wann der Umzug voraussichtlich über die Bühne gehen soll – und zwar zum Schuljahr 2020/2021. Denn ohne Ziel vor Augen wird sich das Grundschulprojekt unnötig in die Länge ziehen – und das sollte weder Lehrern, Eltern noch Schülern zugemutet werden.

Dieses Bild ist urheberrechtlich geschützt.

Quelle für Artikeltextdarstellung: Artikeltext oder Artikel- und Ganzseitendarstellung.

Quelle

Verlag	: Westfälische Nachrichten
Publikation	: Steinfurt
Ausgabe	: Nr.158
Datum	: Mittwoch, den 11. Juli 2018
Seite	: Nr.19